

Mit der UdSSR für Frieden und Abrüstung

Außenpolitische Aktivitäten der DDR in vergangenen Jahren

Chemiewaffenfreie Zone

Die DDR unterbreitet der XXXVII. UN-Vollversammlung im November 1982 den Vorschlag, eine von chemischen Waffen freie Zone in Europa zu schaffen. Sie unterstützt damit als erster Staat einen entsprechenden Vorschlag der Palme-Kommission.

Am 19. 6. 1985 informieren Delegationen der SED und der SPD auf einer Pressekonferenz in Bonn über einen „Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa“.

Erich Honecker schlägt am 13. 9. 1985 Bundeskanzler Helmut Kohl vor, in staatliche Verhandlungen über die Schaffung einer solchen Zone in Mitteleuropa einzutreten.

Für Gewaltverzicht

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreiten am 5. 1. 1983 in Prag der NATO den Vorschlag, „einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen“ abzuschließen. Dieser Vorschlag wird von den Warschauer Vertragsstaaten am 7. 5. 1984 wiederholt.

Kernwaffenfreier Korridor

In der Antwortnote an die Regierung des Königreiches Schweden vom 27. 1. 1983 erklärt sich die DDR bereit, „bei Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, ihr gesamtes Territorium für einen von Kernwaffen freien Korridor zu beiden Seiten der Trennlinie zwi-



sehen NATO und Warschauer Vertrag zur Verfügung zu stellen“.

Erich Honecker wendet sich im Februar 1983 mit dem Vorschlag an Bundeskanzler Helmut Kohl, die Initiative Schwedens ebenso wie die DDR zu unterstützen.

Keine Waffen im Weltall

Die höchsten Repräsentanten sozialistischer Länder fordern in einer gemeinsamen Erklärung vom 28.6.1983 in Moskau, baldmöglichst „Verhandlungen über das Verbot der Stationierung von Waffen jeglicher Art im Welt- raum zu beginnen“.

Gegen neue Atomraketen

Die SED, die DKP und die SEW richten Ende September 1983 an die Parteien der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die Jugendverbände, an alle Menschen in Europa einen gemeinsamen Appell, zu verhindern, daß in den westeuropäischen Ländern gegen den Willen der Völker neue amerikanische Atomraketen stationiert werden.

Koalition der Vernunft

Auf der 7. ZK-Tagung im November 1983 legt die SED ihre Politik der Schaffung einer breiten Koalition der Vernunft und des Realismus aller Kräfte dar, die einen Atomkrieg verhindern wollen.

Bündnis verlängert

Die führenden Repräsentanten der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages unterzeichnen am 26.4.1985 in Warschau ein Protokoll über die Verlängerung des Warschauer Vertrages für 20 Jahre.

Gemeinsame Erklärung

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 22./23. 10. 1985 in Sofia wird die Erklärung „Für die Beseitigung der nuklearen Gefahr, für eine Wende zum Besseren in Europa und in der Welt“ unterzeichnet.

Welt ohne Atomwaffen

Vor den Delegierten des XXVII. Parteitages der KPdSU erklärt Erich Honecker am 26.2.1986, daß die DDR das von Michail Gorbatschow unterbreitete Friedensprogramm, die Menschheit bis zum Jahre 2000 von Atomwaffen zu befreien, voll unterstützt. Das Politbüro des ZK der SED, der Staatsrat und der Ministerrat der DDR begrüßen am 14. 3. 1986 die Bereitschaft der UdSSR, das seit dem 6. 8. 1985 gültige einseitige Moratorium für Kernexplosionen über den 31. 3. hinaus zu verlängern. (NW)